

Fred Schmid, Claus Schreer

STRATEGISCHE WAFFENBRÜDERSCHAFT DEUTSCHLAND-TÜRKEI



Mit deutschen Waffen "out of area" - Vom NATO-Vorposten zur Ordnungsmacht des Westens - Deutsch-türkische Achse - Militarisierung und wirtschaftlicher Ruin - Kurdistan als Brückenkopf und Sperr-Riegel - "Tor nach Zentralasien": Türkische Großmacht-Träume

ISW

SPEZIAL-NR. 8

sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V.

Schutzgebühr DM 5,-

Impressum

isw-spezial Nr. 8, April 1995

Herausgeber: isw sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V.
80639 München, Johann-von-Weirh-Str. 3, Tel. 089-130041 Fax: 168 94 15

Konto: Sparda Bank München, Konto-Nr. 98 34 20 (BLZ 700 905 00)

Redaktion dieser Ausgabe: Claus Schreer, Fred Schmid (verantwortlich)

titelblatt-grafik: Bernd Bücking

layout: Monika Ziehaus

Redaktionsschluß: 6. April 1995

Eigendruck im Selbstverlag

Schutzgebühr DM 5,-

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Genehmigung des isw e.V.

"...läßt sich die deutsche Politik von vitalen Sicherheitsinteressen leiten: Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung" (Verteidigungspolitische Richtlinien/BMVDg 1992)

Mit deutschen Waffen "out-of-area"

Nach Außenminister Kinkel gibt es "wirklich keine eindeutigen Beweise dafür", daß die in Kurdistan gesichteten Schützenpanzer aus den Lieferungen der BRD stammen (FAZ, 29.3.95). Sie könnten auch aus Rußland stammen, das den gleichen Typ BRT 60-Radpanzer an die Türkei geliefert habe. Zur eindeutigen Zuordnung hätte gereicht, wenn der Außenminister Deutschlands des Zählens bis zehn mächtig gewesen wäre. In dem überfallenen Gebiet wurden Dutzende von Schützenpanzern des genannten Typs mit türkischem Hoheitszeichen gesichtet. Rußland aber hatte ganze zehn Stück an die Türkei verkauft, die außerdem vom türkischen Innenministerium für die Gendarmerie erworben wurden (Die Woche, 31.3.95). Bonn schenkte dem "Freund am Bosphorus" (Kinkel) dagegen 300.



Erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg überrollen so deutsche Panzer wieder in kriegerischer Absicht die Grenzen eines anderen Staates, zerstören Häuser und töten Menschen. Mit deutschen Waffen wird das Selbstbestimmungsrecht eines Volkes niederkartätscht, die Souveränität eines Nachbarstaates niedergewalzt, ein Gebiet der Größe Zyperns (8400 Quadratkilometer) binnen zehn Tagen militärisch okkupiert. NATO-Partner Türkei praktiziert mit deutscher Waffenbrüderschaft

"out-of-area"-Einsätze im Nazi-Stil der "verbrannten Erde". Man werde das Gebiet nicht nur von Partisanen "säubern", verkündete der Kommandeur der "Operation Morgen-Grauen", General Kundakci: "Wir werden diese Region unbewohnbar machen". 2.000 Dörfer sind in den vergangenen zehn Jahren bereits dem Erdboden gleichgemacht worden (Die Zeit, 31.3.95).

Der "Protest" der Bundesregierung bleibt entsprechend papieren, ein verhaltenes "so nicht", keine Sekunde wird die "Freundschaft" mit dem "Partner" in Frage gestellt und Kinkel gesteht dem türkischen militaristischen und rassistischen Regime bei dem Vorgehen ein "berechtigtes Sicherheitsinteresse" zu. Die Grundposition der Bundesregierung legte der deutsche Außenminister schon vor Jahresfrist in einem Spiegel-Interview so dar: "Die Türkei ist weiterhin ein wichtiger NATO-Partner. Bildete sie früher die Südflanke der NATO gegenüber dem Warschauer Pakt, so vertritt sie heute die NATO im Mittleren Osten, sowohl gegenüber den arabischen als auch gegenüber den Nachfolgestaaten der UdSSR. Sie trägt damit zu unser aller Sicherheit bei. Als NATO-Partner müssen wir sie militärisch und politisch unterstützen. Unsere Sicherheit braucht eine stabile Türkei, daher müssen wir der Türkei bei der Lösung des kurdischen Problems und der Bekämpfung terroristischer Organisationen wie der PKK helfen." (Spiegel Nr. 19/94).

Die deutsche "Hilfe" verfehlt ihr Ziel nicht, wie Zerstörungen und Tötungen beweisen. Die Forderung der Bundesregierung, aus Deutschland gelieferte Waffen nicht in dem Konflikt einzusetzen, bezeichnete der türkische Außenminister İnönü als "absurd" und gar nicht realisierbar: "Sollen wir denn zusätzliche Waffenlager anlegen?" fragte er (SZ, 4.4.95). Das türkische Außenministerium weist schon seit Jahren darauf hin, daß man die Waffen entsprechend der neuen NATO-Doktrin, beschlossen auf der NATO-Gipfelkonferenz vom 7.9.91 in Rom, einsetze. Danach gelten "internationaler Terrorismus", "Terror und Sabotageakte" als Sicherheitsrisiken der NATO die den Einsatz von NATO-Waffen rechtfertigen. Der Kampf der Kurden um politische Souveränität und Selbstbestimmung wird von Ankara aber auch Bonn in diese Kategorie eingestuft. NATO-Waffen also gegen das kurdische Volk, das mit seiner Befreiungsbewegung gegen Fremdherrschaft, gegen Zwangsassimilation, gegen politische, soziale und kulturelle Unterdrückung Widerstand leistet. Der türkische Schriftsteller Orhan Pamuk, einer der meistgelesenen Autoren der Türkei: "Die Befürworter einer militärischen Lösung wollen nicht begreifen, daß das Kurdenproblem ein Demokratienproblem ist, daß es den Kurden erlaubt sein muß, ihre Sprache, ihre Kultur, ihre Identität nach eigenem Ermessen zu bewahren und zu entwickeln." (Der Spiegel, 3.4.95).

Art. 13 des in Rom beschlossenen NATO-Konzepts 1991:

"Die Strategie des Bündnisses muß auch den globalen Kontext berücksichtigen. Sicherheitsinteressen können auch von anderen Risiken berührt werden: Der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, der Unterbrechung lebenswichtiger Ressourcen sowie von Terror- und Sabotageakten."

Fehlt bei der türkisch-deutschen NATO-Logik nur noch, daß die türkische Regierung den "Bündnisfall" geltend macht, weil sie alleine mit den Kurden nicht fertig wird. Der Landesgruppen-Chef der CSU im Bundestag, Michael Glos, denkt bereits in diese Richtung: "Solange niemand sonst der Türkei beisteht, habe ich für deren Selbstverteidigung viel Verständnis." (Spiegel-Interview, 3.4.95). Das erwähnte NATO-Konzept sieht auch bei "Terror- und Sabotageakten" ... "Konsultationen nach Artikel 4 des Vertrages von Washington sowie gegebenenfalls zur Koordinierung von Maßnahmen der Bündnispartner einschließlich ihrer Reaktionen auf derartige Risiken ..." vor. Die USA haben ganz NATO-treu Beistand

praktiziert. Sie gaben nicht nur grünes Licht ("carte blanche") für die Invasion, sie leisteten - wie das Fernsehmagazin "Monitor" enthüllte - mit ihren AWACS-Flugzeugen, die eigentlich die Unversehrtheit des nach dem letzten Golfkrieg zur "UNO-Schutzzone" erklärten selbstverwalteten Südkurdistan im Norden Iraks überwachen sollten, aktive Aufklärungs- und Führungshilfe für den türkischen Aggressor. "Monitor" (30.3.95) zitierte den türkischen Verteidigungsminister Mehmet Gölhan mit den Worten: "Die westlichen Luftstreitkräfte versorgen die türkische Armee mit Aufklärungsergebnissen für unsere Angriffe auf die PKK".

I. Vom NATO-Vorposten ...

Die Türkei ist der am weitesten nach Osten vorgeschobene NATO-Staat. Sie ist seit 1952 Mitglied in diesem "Bündnis freier und demokratischer Völker". Im Kalten Krieg war das Land militärstrategisch im Rahmen der Einkreisungs- und Eindämmungspolitik ("containment") der USA gegenüber der Sowjetunion von zentraler Bedeutung. Der hochmilitarisierte Staat war im Süden gegen den "weichen Unterleib" (Wörter) der Sowjetunion gerichtet, gegen die transkaukasischen und asiatischen Republiken. Der "der UdSSR vorgelagerte Flugzeugträger" (die französische Zeitung "Aurore") garantierte der NATO Zugang zum Schwarzen Meer und sollte im "Ernstfall" an Bosphorus und Dardanellen der sowjetischen Schwarzmeer-Flotte den Ausgang zum Mittelmeer verstopfen. Die USA besetzten in der Türkei 26 Stützpunkte, auf denen 1980 5.000 US-Soldaten stationiert waren (vgl. auch Charles Pauli, Türkei - Hinter den Kulissen eines Wirtschaftswunders, ISP/Pfm 1990, S. 142 ff). Die Türkei selbst unterhielt und verfügt auch noch heute mit 850.000 Soldaten über die zweitgrößte NATO-Wehrmacht nach den USA.

Deutschland nahm in den sechziger Jahren die alte "Waffenbrüderschaft" aus dem I. Weltkrieg wieder auf. Nach dem Beschluß der NATO von 1964, unentgeltlich Verteidigungshilfe an die Türkei zu leisten, nahm die Bundesrepublik noch im gleichen Jahr die Waffenlieferungen auf. Der Gesamtwert bis 1991 beträgt 6,3 Milliarden Mark - mehr als die Hälfte davon nach 1985 (der deutsche Botschafter in einem Schreiben an das türkische Parlament, 6.11.91). Da es sich hier um ein NATO-Land handelte, unterlagen die Waffenlieferungen keinerlei Rüstungsexport-Restriktionen. Geliefert wurden so Kampfpanzer, Hubschrauber, Fregatten, U-Boote, Schnellboote. ... Der Schwerpunkt lag im "Kalten Krieg" auf Systemen, die sich in den Rahmen des NATO-Auftrages einpaßten. Türkische Offiziere wurden an der Bundeswehrakademie in Hamburg und der Kampftruppenschule Munsterlager (Panzer) ausgebildet.

Ab Mitte der 80er Jahre ging die Türkei zu verstärkter Lizenz- und Eigenproduktion über: Von der deutschen Lürssen-Werft erhielt sie die Lizenz zum Bau von Schnellbooten; Mit Krauss Maffei vereinbarte die türkische Ercan Holding 1987 die Lizenzproduktion von 1000 Radpanzern mit Zweimann-Turm des Typs "Puma". Der Achtrad-Panzer war von Krauss Maffei speziell für unwegsames Gelände in Ländern der "Dritten Welt" entwickelt worden. Von militärischer Bedeutung ist auch die Mercedes-Produktion von Unimog-Geländewagen und LKW in der Türkei. Aber auch in dieser Zeit wurden bereits Waffen zur Aufstandsbekämpfung geliefert: z.B. Radpanzer "Condor" mit Zwilling-MG-Turm (Thyssen Henschel) für die türkische Gendarmerie. Seit 1986 werden die berühmtesten "Schwarzen Käfer" (Özel-Teams), eine Spezialtruppe der türkischen Armee, für den Einsatz in Kurdistan von der GSG 9 ausgebildet. Insgesamt entstehen so vielfältige Beziehungen der türkischen Soldateska zu deutschen Militärschädeln.

Deutsche Rüstungskonzerne voll im Geschäft

An den Waffenlieferungen für die Türkei ist die gesamte deutsche Rüstungsindustrie beteiligt. Alle Konzerne mit Rang und Namen sind dabei. Krupp, Thyssen, VW, Rheinmetall, HDW, Blohm & Voss, Siemens, Daimler, DASA, MTU, AEG, Dornier, MBB, Eurometall, Heckler & Koch, SEL, MAN, Krauss Maffei. Sie liefern alles, was die türkische Armee braucht. Auf der internationalen Waffenmesse IDEA 87 in Istanbul waren 53 deutsche Rüstungsfirmen als Aussteller beteiligt, und haben langfristige Kooperationsgeschäfte abgeschlossen.

Ende 1992 erregte die geplante Lieferung von 18.000 Artillerie-Granaten ("besonders geeignet für weiche Ziele") der Firma Eurometall Aufsehen. Auf Grund zahlreicher Proteste verweigerte die Bundesregierung die Exportgenehmigung. 1993 wurden dann zwar nicht die Granaten - es wurde gleich die ganze Waffenfabrik, die Eurometall-Tochter Liebenau, in die Türkei exportiert. Natürlich mit Wissen und Billigung der Bundesregierung. Diese Eurometall-Produktionsverlagerung direkt in die Türkei, ist kein Einzelfall.

Deutsche Rüstungskonzerne investieren inzwischen heftig, vergeben Lizenzen, bauen eigene Produktionsanlagen und gründen Tochtergesellschaften:

- HDW, IKL, Thyssen Rheinstahl und Blohm & Voss produzieren seit Jahren auf der Werft in Gölcük Jagdboote.
- Die deutschen Konzerne Abehing-Rasmussen und Friedrich Lürssen produzieren ebenfalls in Gölcük Kriegsschiffe. MTU gründete in Arifiye in Adapazari eine Panzermotorenfabrik unter ihrer Lizenz.
- Die Tochtergesellschaft der MTU in Istanbul, die "MTU Motor ve Türbin Sanayi ve Ticaret L.S.", ist mit Wartungs- und Reparaturarbeiten beauftragt, und führt im Auftrag der türkischen Armee den Einbau von Dieselmotoren in die deutschen Leopard-Panzer durch.
- Der Krupp-Konzern baute 1984 in Arifiye einen Panzerpaletten- und Panzerreparaturbetrieb, der auch Lizenzen von Zeiss und GLS hat.
- Der Daimler-Benz-Konzern hat in Nigde unter dem Namen "Otomarsan" einen Betrieb zur Herstellung von Militärfahrzeugen gebaut.
- Peine Salzgitter hat an die Hema Holding Lizenz erteilt. Die MBB betreibt in Kayseri unter Lizenz einen Panzermodernisierungsbetrieb. Lizenzgeber sind auch MAN und Krauss Maffei.
- Die MKEK produziert seit Jahren G-3- und MG-3-Gewehre unter Lizenz von Heckler & Koch.
- Die türkische Firma Roketsan A.S. arbeitet unter Lizenz von Dornier, Deutz Otocar Karosserie AS unter Lizenz von Rohde-Schwarz, MKAS unter Lizenz von Arkoni Kommunikation.

Die deutsche Unterstützung des türkischen Militärregimes geht aber weit über Waffenlieferungen und Rüstungskooperation hinaus:

- Die Bundeswehrführungsakademie in Hamburg führt Fortbildungslehrgänge für türkische Offiziere durch.
- Die berüchtigten Spezialeinheiten der türkischen Armee, die "Schwarzen Käfer" oder "Özel-Teams" (Özel Harp Dairesi = Amt für spezielle Kriegsführung), werden in der BRD von der GSG 9 ausgebildet (SZ, 1.4.94).
- Selbst die Schäferhunde dieser Sonderkommandos kommen aus der BRD, und werden in der Nähe von Hannover auf türkische Kommandos gerollt.

Köln *Stadtanzeiger vom 3. Februar 1994: "Die deutsche Eurometall-Tochter wird ihre Produktion - sie stellte Artillerie-Granaten her - voraussichtlich Ende des Jahres einstellen. Die Bundesrepublik hatte zuvor eine Exportgenehmigung für 18.000 Granaten aus niedersächsischer Produktion in die Türkei verweigert. Der Trick, mit dem Eurometall es schaffte, ihre deutsche Waffenfabrik nun nahezu komplett in die Türkei zu exportieren, ist einfach. Offiziell gingen die Fabrikanlagen in die Niederlande. Hierfür erteilten die deutschen Behörden eine Exportgenehmigung. In Holland beantragte Eurometall dann bei der Regierung in Den Haag eine entsprechende Exportgenehmigung für den Transport der Waffen in die Türkei - und erhielt sie ebenfalls."*

... zur Ordnungsmacht des Westens

Nach dem Zerfall des Warschauer Pakts und der Auflösung der Sowjetunion schien die Türkei zunächst an Bedeutung zu verlieren. Insbesondere die USA kürzten ihre Militärhilfen und sonstigen Zahlungen.

Auch türkische Nationalisten befürchteten das Absinken in eine Randlage. So schreibt Bahri Yılmaz, Professor für Wirtschaftswissenschaften aus Ankara: "Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts befürchtete man in Ankara, daß das Land seine bisherige "klassische Rolle" als Verteidiger der Südflanke der NATO verlieren, am Rande eines "vereinten Europa" stehen und die seit dem Zweiten Weltkrieg mühsam geknüpften Beziehungen mit dem Westen nicht mehr aufrechterhalten können würde. Aber die Entwicklungen in der ehemaligen Sowjetunion und auf dem Balkan sowie im Nahen Osten haben die Bedeutung der Türkei in der neuen Weltordnung eher verstärkt als geschwächt. Sie wurde als eine mögliche Regionalmacht aufgewertet und dadurch erneut in den Blickpunkt der Weltöffentlichkeit gerückt und muß - unerwartet und unvorbereitet - in kürzester Zeit wieder in eine Rolle hineinwachsen, die ihr schon beim Niedergang des Osmanischen Reiches im Jahre 1918 zufiel: als Regionalmacht die auf einem Pulverfaß sitzenden Regionen mitzugestalten." (Bahri Yılmaz, Die Türkei als regionale Wirtschaftsmacht, Europa-Archiv 24/1993; zit. nach "Die Türkei - Noch ein ehemaliger NATO-Frontstaat im Aufbruch", in GegenStandpunkt, 3/94, S. 147f).

Der Golfkrieg führte die explosive Mischung dieser Region wieder deutlich vor Augen. Die USA entdeckten sehr schnell die strategische Bedeutung der Türkei: als Aufmarschgebiet gegenüber dem Irak, als regionale Ordnungsmacht im Mittleren Osten und als "Bollwerk" gegen den islamischen Fundamentalismus. Die NATO-Windrose hatte sich in der Türkei von Nordosten nach Südosten gedreht. Das Land bekam seine Zuordnung im Rahmen der "Neuen Weltordnung".

Lothar Rühl, Berater der Bundesregierung in Sachen Baltikum und Mittlerer Osten, formulierte die geostrategische Rolle der Türkei so: "Über die Benützung von Stützpunkten und über die "force in being" der gemeinsamen alliierten Streitkräfte im östlichen Mittelmeer hinaus bieten sich für die aktive Nutzung der Türkei als Partner der EG und Mitglied in der atlantischen Allianz **fünf strategische Optionen** an: 1. Die Option einer Ordnungsfunktion im Schwarzen Meer, 2. die Option einer Sicherheitsfunktion auf dem Balkan, 3. die Option einer Kaukasus-Kooperation, 4. die Option einer Ordnungsfunktion in Zentralasien, 5. die Option einer Abschirmung gegenüber dem Mittleren Osten und der äußeren Stabilisierung der GolfRegion und des Nahen Ostens.

Alle fünf Optionen, ein Spektrum von Angeboten der Geographie, sind politisch miteinander verbunden; sie spreizen sich in ihre spezifischen Richtungen wie die Finger einer ausgestreckten Hand." (Lothar Rühl, Die Türkei zwischen Europa und dem Orient, in: Europa-Archiv, 11/1992).

Der jetzige Einmarsch in die kurdischen Gebiete im Norden des Irak läßt sich durchaus mit diesem "Ordnungs"-Konzept vereinbaren. "Türken als Ordnungsmacht im Irak?" überschreibt die SZ ihren Kommentar (23.3.95). Und die FAZ (24.3.95) zur Invasion in die "Schutzzone": "Ohnehin hat man den Eindruck, daß die Ausrufung der Schutzzone eher als Maßnahme zur Schwächung Saddam Hussains, denn zum Schutz der Kurden gedacht war. Schon als die Amerikaner 1991 nichts taten, um den aussichtsreichen Aufstand der Kurden (und im Süden der Schiiten) gegen die Zentralregierung zu stützen, war klar geworden, daß man an einer politischen Emanzipation der Kurden kein Interesse hatte. Daran dürfte sich nichts geändert haben."

II. Deutsch-türkische Achse

Die Türkei habe gewaltige Probleme, aber sie sei auch von großer Bedeutung für Deutschland und Europa, erklärte Außenminister Kinkel in einem Interview mit der SZ (4./5.2.95): "Wir dürfen dieses Land nicht wegdrängen, es darf nicht von Europa abdriften". Vor allem wollte sich die Bundesregierung nicht als Kumpan von der Seite der Türkei abdrängen lassen.

1. Waffen-Kumpanei

Anders als die USA und die anderen NATO-Länder, setzte die Bundesregierung auch nach dem Ende des Kalten Krieges die Waffenlieferungen an die Türkei unvermindert fort. Kanzler Kohl: "Diese Rüstungshilfe an die Türkei erfolgte in der Kontinuität auch der früheren Bundesregierungen und vor allem auch im Interesse der Atlantischen Allianz".

Die Bundesregierung legte sogar noch einen Zahn zu, durch Gratis-Lieferung von Kriegsmaterial: Insbesondere im Rahmen der CFE-Kaskade. Nach dem Abrüstungsvertrag über Konventionelle Rüstung und Streitkräfte in Europa (CFE) hätte Deutschland Geschütze, Kampfflugzeuge und Panzer verschrotten müssen. Die Verschickung an die Türkei kam billiger und brachte zumindest politischen Gewinn. Nach Angaben der "Zeit" betrug der Wert dieser "Materialhilfe" 1,5 Milliarden Mark (DZ, 8.4.94).



Darüber hinaus entsorgte die Bundesregierung einen Großteil der NVA-Waffen über die Türkei, womit die türkischen Militärs fast eine ganze Armeeausrüstung zum Nulltarif erhielten (siehe Kasten). Darunter jene berüchtigten BRT-60-Radpanzer. Gerade Radpanzer und Schützenpanzer sind die idealen Bürgerkriegswaffen. Kampfpanzer und Panzerhaubitzen, Phantomflugzeuge und Stinger-Luftabwehrraketen wiederum sind die geeignete Ausrüstung für die Rolle eines "Regional-Gendarms" im Mittleren Osten. Mit der geplanten Beschaffung von 115

Sattelzugmaschinen für Panzertransporter, der Lieferung von 70 Brückenlegepanzern M 48, 39 Bergepanzern M 88 und Pionierpanzern aus Deutschland, wird diese Funktion einer hochmobilen Eingreiftruppe für diese Region noch unterstrichen. Die Brückenlege- und Bergepanzer erhielt die Türkei im Rahmen der Materialhilfe III im Wert von 1,5 Milliarden Mark von der Bundesregierung im Herbst 1990 im Golfkrieg zugesagt. Möglicherweise wird die Lieferung jetzt nach dem Türkei-Überfall auf Kurdistan für ein paar Monate storniert - ähnlich 1992, als für ein halbes Jahr eine Liefersperre verhängt wurde. Sie wurde wenige Monate später aufgehoben, als sich die öffentliche Entrüstung über Kurdenverfolgung, Folterpraktiken und Menschenrechtsverletzungen wieder gelegt hatten.

Aber selbst während der Liefersperre werden Waffen geliefert, an denen deutsche Rüstungsfirmen einen gehörigen Anteil haben. So ging am 31.3.95 folgende Meldung durch die Presse: "Aus der französischen Industrie wurde bekannt, Frankreich wolle "in den nächsten Wochen" die ersten Truppentransporthubschrauber "Cougar" ausliefern, von denen die Türkei 1993 zwanzig Stück zum Gesamtpreis von 253 Millionen Dollar bestellt hatte" (FAZ, 31.3.95). Die Helikopter wurden von "Eurocopter" hergestellt, einer Gemeinschaftsfirma der französischen Aero-spatale und der Daimler-Benz-Aerospace (DASA).

Die innenpolitische Konsequenz aus der deutsch-türkischen Waffenbrüderschaft ist das PKK-Verbot und die staatliche Kurdenverfolgung in der Bundesrepublik. Wer, wie die kurdische Befreiungsbewegung den türkischen Staat bekämpft, stört die deutsche Außenpolitik, verstößt gegen die Interessen Deutschlands und macht sich automatisch den BRD-Staat zum Gegner." Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf wird deshalb von den Staatsorganen in der BRD - genau wie in der Türkei - als Straftatbestand verfolgt.

Das Verbot kurdischer Organisationen in der BRD wird fast ausschließlich mit außen- und machtpolitischen Interessen der Bundesrepublik und mit der Beschädigung des "deutschen Ansehens" begründet: "Die politische Agitation der PKK und ihr nahestehender Organisationen hat zwischenzeitlich ein außenpolitisches nicht mehr vertretbares Ausmaß erreicht." ... "Sie untergraben damit das Vertrauen eines wichtigen Bündnispartners, auf das Wert gelegt wird." ... "Sie gefährden die außenpolitischen Belange der BRD und stören erheblich das Verhältnis zum türkischen Staat."

Bundeskanzler Kohl in SAT1 (7.6.93): "... daß gegen die Politik der jetzigen türkischen Regierung in Deutschland eine permanente Diffamierung stattfindet - auch von extremen türkischen Gruppen - die wir viel zu lange hier geduldet haben. ... daß wir jetzt darüber reden müssen - das war auch ein Teil meiner Gesprächsmit der Türkei - daß die Diffamierung der Türkei, endlich mal ein Ende haben muß."

Zu der im Zusammenhang mit den deutschen Waffenlieferungen geäußerten öffentlichen Kritik bemerkte das Verteidigungsministerium im Januar 1995 lapidar: "Es wird lediglich eine international verbindliche Zusage eingehalten und damit die Zuverlässigkeit der Bundesrepublik Deutschland unterstrichen." (Pressemitteilung BMVtdg, 26.1.95). "Zuverlässigkeit Deutschlands" bei der "Lösung" der Kurdenfrage, die nach Ministerpräsidentin Ciller "jetzt so oder so zu Ende gebracht" wird. In "Endlösungen" haben sowohl die Türkei (Armenien) als auch Deutschland einschlägige Erfahrungen.

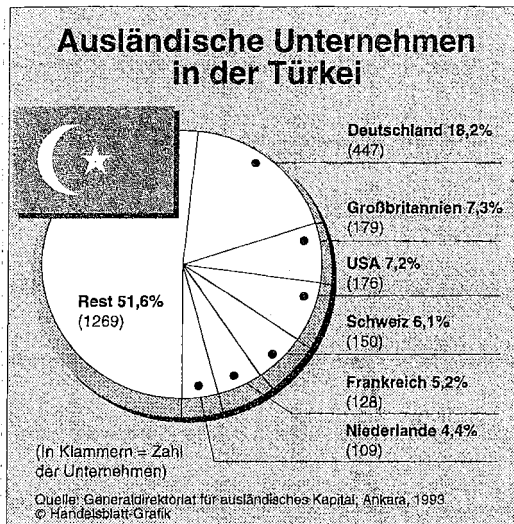
2. Ökonomische Verflechtungen

(Zur ökonomischen Entwicklung der Türkei, siehe auch Charles Pauli, a.a.O)

"Den deutsch-türkischen Wirtschaftskontakten hat die Bonner Waffenbrüderschaft mit Ankara zumindest klimatisch genützt", schreibt "Die Zeit" (8.4.94) "Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß 1993 ein neues Rekordjahr der bilateralen Bezie-

hungen geworden ist". Für die Türkei ist Deutschland der mit Abstand wichtigste Handelspartner. Gut ein Fünftel der türkischen Exporte gehen nach Deutschland. Und im Gegengeschäft? Schreibt DIHT-Funktionär Dr. Wulf Martin, offizieller "Delegierter der Deutschen Wirtschaft für die Türkei" im "Handelsblatt" (13.4.94): "Schon Anfang der 80er Jahre öffnete sich die Türkei der Weltwirtschaft, und sie verfolgt ein eindeutig marktwirtschaftliches Konzept. Dies erklärt, warum die Türkei unter den deutschen Exportmärkten weit aufgestiegen ist. Für zahlreiche deutsche Firmen ist sie schon zum "A-Markt" geworden". In der deutschen Exportstatistik rangiert die Türkei auf Platz 15, aber auf Platz 1 bei den Waffenausporten.

Deutschland ist nicht nur der größte Waffenlieferant der Türkei, sondern neben den USA auch der größte Kreditgeber. Die Rüstungseinkäufe sind eine der Ursachen, für die explodierende Staatsverschuldung. Für 1993 beziffert die FAZ die türkische Auslandsverschuldung auf 65 Milliarden US-\$. "Überbordende Staatsverschuldung, wirtschaftliche Schwächen, dazu der irritierende Kurdenkonflikt - die Türkei bereitet Investoren Kopfzerbrechen. Dennoch bietet das Land als Brückenkopf nach Mittel- und Zentralasien langfristig lukrative Geschäftschancen. Deutsche Unternehmen sollten eng am Ball bleiben". Mit diesen Zeilen machte TopBusiness im Juni 1994 einen Türkei-Artikel "Hoffen am Bosphorus" auf.



Deutsche Konzerne sind seit langem am Ball, verstärkt seit den 80er Jahren. Bei den ausländischen **Direktinvestitionen** in der Türkei mischt Deutschland vorne mit: Nach Zahl der ausländischen Unternehmen in der Türkei liegt Deutschland mit 447 Unternehmen weit an der Spitze (siehe Grafik). Nach der Höhe des Kapitaleinsatzes nimmt es mit 1,095 Mrd. Dollar hinter Frankreich, USA und der Schweiz den vierten Platz ein. Was unter deutschen Konzernen Rang und Namen hat, ist in der Türkei vertreten, vorndran Siemens und Daimler Benz.

"Größter deutscher Produzent ist Siemens mit einer Gruppe von Joint Ventures", schreibt Wulf Martin. "Sprung zum Bosphorus" titelt "Siemens-Welt" (1/93) einen Artikel über die Gründung einer Vertriebsgesellschaft der Siemens Electrogeräte

in Istanbul. Die Türkei sei ein innovationsfreudiger Markt: "Und solche Märkte brauchen wir für unser Wachstum". Siemens ist in der Türkei seit über hundert Jahren tätig.

Mercedes-Benz brachte es mit seinem Omnibuswerk in Istanbul sowie seiner LKW- und Unimog-Montage bei Aksaray 1993 auf einen Jahresumsatz von 950 Millionen Mark (TopBusiness, 6/94). Wulf Martin: "Mercedes betrachtet die Türkei als "idealen Produktionsstandort im Bereich der Nutzfahrzeuge für Zentralasien." (HB, 13.4.94). 1989 gründeten MBB (Daimler/DASA) und das türkische Unternehmen Kutlutas ein Gemeinschaftsunternehmen für den Vertrieb von MBB-Hubschraubern (SZ, 2.5.89).

Weiterhin sind 56 namhafte deutsche Baufirmen in der Türkei vertreten und hauptsächlich mit dem Ausbau der Infrastruktur, dem Städtebau und der Konstruktion von Industrieanlagen beschäftigt; an erster Stelle stehen die Firmen Hochtief, Philip Holzmann und Züblin (vgl. Kampagne-aktuell, Nr. 1/95).

Zur **Goldgrube** im wahrsten Sinn des Wortes soll die Türkei auch für Degussa und die Dresdner Bank werden. Nahe der antiken Stätte Pergamon an der Ägäisküste wurden reiche Goldvorkommen entdeckt. Ein internationales Firmenkonsortium, das in der Türkei die Tochterfirmen Tüprag und Eurogold gegründet hat, plant, das Gold mit hochgiftigem Zyanid (Blausäure) vom Gestein zu trennen. Das Zyanid will der Degussa-Konzern (Großaktionäre: Henkel und Dresdner Bank) liefern. Als Geldgeber der Goldgräber ist die Dresdner Bank vorgesehen (vgl. MM, 22.3.95). Fünf Bürgermeister der betroffenen Orte stellten einen Massen-Asylantrag für ihre 300.000 Bewohner, da sie befürchten, daß das jetzige Touristenparadies "zur Hölle" wird. Denn übrig bleibt bei dem Trennverfahren eine zerstörte Landschaft mit Tonnen verseuchten, zyanidhaltigen Schlamms.

"Wirtschaftsfaktor Türken" (HB) in Deutschland

Umgekehrt sind türkische Unternehmen mit der bundesdeutschen Wirtschaft eng verflochten. Die 35.000 türkischen Unternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik bringen es auf einen Gesamtumsatz von 30 Milliarden Mark. Natürlich handelt es sich dabei in der Mehrzahl um Gaststätten, Imbißbuden, Kramerläden und Reisebüros. Doch die 20 größten Unternehmen bringen es auf einen Jahresumsatz von zusammen 6 Milliarden Mark (vgl. TopBusiness, 6/94).

Ein entscheidender Wirtschaftsfaktor sind die in Deutschland lebenden 1,8 Millionen "Gastarbeiter" mit ihren Überweisungen ins Heimatland die Hauptdevisenquelle des türkischen Staates. Die SZ (31.3.95) listet auf, daß die knapp zwei Millionen Türken und Kurden in Deutschland jährlich 3,4 Milliarden Mark an den Fiskus und weitere drei Milliarden in die staatliche Rentenversicherung zahlen. "Während der ersten Runde des Solidarzuschlags förderten sie den Aufbau Ost mit einer halben Milliarde. Auch als Konsumenten sind sie unentbehrlich - mit jährlich zehn Milliarden Mark fördern sie den Umsatz des deutschen Einzelhandels".

Deutschland ist schließlich für die Türkei das Schlüssel-Land für den angestrebten **EU-Beitritt**. Die Bundesregierung aber läßt sich damit Zeit: Sie befürchtet, daß ein weiterer "EG-Kostgänger" hinzukäme. Außerdem wäre mit einer EU-Mitgliedschaft die Freizügigkeit für türkische Arbeitnehmer verbunden. Die staatlichen Stellen befürchten dann einen starken Zustrom von Arbeitssuchenden nach Deutschland. So aber kann die Bundesregierung Aufenthalts- und Arbeiterlaubnis für TürkInnen als politisches Instrument nutzen, um ihre Interessen in Ankara wahrzunehmen. Bonn nutzt generell den Hebel "EU-Mitgliedschaft", um erstens seinen politischen Einfluß in und auf die Türkei zu vergrößern, und zweitens das neoliberalistische Anpassungs-Konzept in der Türkei voranzutreiben. Als nächster

Schritt ist im Rahmen des Assoziierungsvertrages für Ende 1995 die Vollendung der **Zollunion** mit der EU geplant. "Dies bedeutet die vollständige Abschaffung aller Importabgaben auf Lieferungen aus der EU, die Übernahme des EU-Außenzolls, die Abschaffung aller Quoten für die Einfuhr von Textilien und Bekleidung in die EU. Darüber hinaus hat die Türkei sich verpflichtet, sich im Bereich des gewerblichen Rechtsschutzes, des Wettbewerbsrechtes, der Antidumpingregeln, der Normen und Zertifikate an die EU-Verhältnisse anzupassen." (HB, 13.4.94).

Die Türkei wird dann noch mehr mit Waren aus Deutschland und anderen westlichen Industrieländern überschwemmt. Nach einer Umfrage des DIHT versprechen sich alle deutschen Türkei-Händler "spürbare Vorteile", wenn die störenden Quoten und Zölle wegfallen.

III. Militarisierung und wirtschaftlicher Ruin

Es wird bezweifelt, ob die Türkei den Termin zur Zollunion (1.1.96) wird einhalten können. Das Land steckt seit 1993 in einer schweren Wirtschaftskrise (vgl. FAZ, 25.4.94).

Mehrere Gründe dürften dafür verantwortlich sein:

- Mit der Öffnung zum kapitalistischen Weltmarkt ist die Abhängigkeit vom Konjunkturverlauf der kapitalistischen Weltwirtschaft größer geworden. Die Krise des Kapitals aber ist seit 1990 weltweit. Daß die Krise in der Türkei erst 1993 ausgebrochen ist, dürfte zum Teil mit der engen wirtschaftlichen Verflechtung mit Deutschland zusammenhängen. Auch in Deutschland hatte die Krise wegen des Anschlußbooms zeitlich verzögert Platz gegriffen.
- Das neoliberale Anpassungs- und Austeritätsprogramm, dem sich die Türkei unterzog, hat den Binnenmarkt weitgehend wegbrechen lassen. Große inländische Unternehmen, wie die Automobil-Marktführer Tofas und Oyak-Renault, KFz-Zulieferer, der Branchenführer für Haushaltselektronik, Arcelik mußten ihre Werke wegen der mangelnden Binnennachfrage vorübergehend schließen. Die Probleme verschärften sich durch das von der UNO verhängte Irak-Embargo (Exportverluste für die türkische Wirtschaft von etwa fünf Milliarden Mark jährlich).
- **Kosten des Kriegs gegen die Kurden:** Die verstärkte Aufrüstung der Armee und die von Ankara betriebene Eskalation des Kurden-Konflikts haben die Staatskasse ruiniert. Haushaltsdefizit und Auslandsverschuldung stiegen sprunghaft an. Etwa ein Viertel des Staatshaushalts frißt der Krieg. Nach Angaben von Ciller vom 5. Januar 1994 hat der Krieg gegen die Kurden bis jetzt 26 Milliarden Dollar gekostet. Dazu kommen Verluste aus dem Tourismusgeschäft von 1,5 Milliarden Dollar. "Asomedy", das Organ der Industrie- und Handelskammer von Istanbul hat in seiner Ausgabe vom August 1993 die jährlichen Kosten des "Einsatzes von insgesamt 448.000 Mann (Militär, Gendarmerie, Spezialeinheit "Özel-Team" und bewaffnete Zivilisten) auf 100 Billionen TL (ca. 6,7 Milliarden Dollar) beziffert. Zusätzlich zu dieser Streitmacht hat Ankara anläßlich von Newroz, dem kurdischen Neujahrsfest am 21. März 1994 weitere 150.000 Mann in die Osttürkei geschickt." (Europäische Sicherheit, 6/94, S.604). Die jährliche Belastung dürfte somit inzwischen weit höher sein.
- Schließlich hat sich die Türkei bei der Verwirklichung ihrer Großmachtträume offenbar finanziell überhoben. Das Projekt "Aufbruch zur Regionalmacht" und Turk-Reich hat vorerst zu einer finanziellen Pleite geführt, die Auslandsverschuldung in die Höhe getrieben. Die Türkei ist mehr denn je ein Betreuungsfall von IWF und G-7.

In Zahlen sieht die ökonomische Misere so aus:

- wachsendes **Außenhandelsdefizit**: 1991: 7 Milliarden Dollar, 1993: 14 Milliarden; weitere Zunahme 1994.
- galoppierende **Inflation**: 1993: 70 Prozent im Jahresdurchschnitt. 1994 wollte die neoliberale Ökonomie-Professorin Tansu Ciller die Inflationsrate halbieren; diese stieg jedoch auf 126 Prozent im Jahresdurchschnitt (FR, 7.1.95). Im Januar 1995 erreichte der Preisverfall die historische Spitze von 150 Prozent (DZ, 31.3.95).
- wachsendes **Staatshaushaltsdefizit**: 1993 effektiv 7,5 Mrd. \$; eingeplant waren nur 3,38 Mrd. \$. Das Haushaltsdefizit entsprach damit 16% des Bruttosozialprodukts. Auch 1994 fiel es 40 Prozent höher aus als eingeplant.
- Laufende **Abwertung** der türkischen Lira (was ausländische Direktinvestitionen billiger macht).
- **Arbeitslosenquote**: Sprunghafte Zunahme bis Ende 1994 auf 12 Prozent. Hohe verdeckte Arbeitslosigkeit. Außerdem drei Millionen TürkInnen und KurdInnen, die in Westeuropa arbeiten und leben.

Austerity- und Privatisierungs-Programm

Anfang April 1994 verkündete die Regierung Ciller ein auf zweieinhalb Jahre angelegtes radikales Programm zur Sanierung des Haushalts und zur Entlastung der Wirtschaft. (Tansu Ciller selbst besitzt mit ihrem Gatten, einem Bankier und Geschäftsmann, ein Vermögen von geschätzten 50 Millionen Dollar; DZ, 31.3.95).

Bestandteil dieses Austeritäts-Programms ist die **Privatisierung** oder Schließung der 235 defizitär arbeitenden Staatsunternehmen. Betroffen von der Privatisierung sind die Turkish Airlines, die staatlichen Elektrizitätswerke, das türkische Post- und Fernmeldewesen sowie einige Banken. Geschlossen werden der Reifenhersteller Petlas, drei Bergwerke, ein Stahlwerk, einige Werften, das Institut für landwirtschaftliche Ausrüstung und andere staatliche Institutionen (FAZ, 25.4.94). Privatisiert wird auch die Turkish Petroleum Refineries Corporation TURPAS und die Vertriebsgesellschaft der Raffinate Petrol ofisi POAS. Die Petrokimiya Holding PETKIM soll nach Sanierung der Yarnica-Anlage in den Besitz eines Joint Ventures übergehen, an dem die PETKIM beteiligt sein wird (vgl. HB, 13.4.94). Mit der Privatisierungskampagne will die Regierung 3,5 Milliarden Mark Erlösen.

Entlassen werden 52.000 der 650.000 Staatsbediensteten. Durch die Privatisierung bisheriger staatlicher Unternehmen, wie z.B. E-Werke und Post, werden diese Dienstleistungen erheblich teurer. Erheblich in die Höhe getrieben werden auch die Preise für Grundnahrungsmittel. Ein Laib Brot kostet künftig 7.000 statt 4.000 Lira, ein Liter Milch 15.000 statt 9.000 (FAZ, 25.4.94). "Die Gewerkschaften protestieren heftig gegen die geplanten Entlassungen. Besonders in den Städten, in denen Schließungen von Staatsbetrieben zu befürchten sind, kommt es fortwährend zu Demonstrationen. Gewerkschaftsvertreter befürchten, das Sanierungsprogramm werde einzig auf dem Rücken der Arbeitnehmer ausgetragen, Arbeitslosigkeit (derzeit schätzungsweise knapp 12 Prozent) und Armut würden ins Unermeßliche steigen." (FAZ, 25.4.94). Und "Die Zeit" am 31.3.94: "Die Reallöhne der Massen sinken, die sozialen Nöte wachsen, die Ungeduld der Arbeiter steigt. Verschärft wird die Krise durch den nicht endenden Krieg gegen die Kurden, der jährlich mehr als acht Milliarden Dollar verschlingt. Diese Frustration unter den armen Massen nährt den Wunsch nach radikaler Veränderung und treibt immer mehr Türken in die Arme der islamistischen Refah-(Wohlfahrts-)Partei."

Offiziers-Trust Oyak

Nicht von der Privatisierung betroffen ist der "Armee-Beistandsverein" Oyak. "Hinter diesen vier Buchstaben verbirgt sich eine der größten Industrie-Holdings des Landes", schreibt die "Wirtschaftswoche" (20.5.94). "Über Oyak kontrollieren die türkischen Militärs mittlerweile große Bereiche der Wirtschaft des Landes". Heute ist Oyak an 25 Unternehmen beteiligt. Die Militär-Holding kontrolliert die Renault-Oyak-Montagefabrik, die Automobilhersteller und -zulieferer Mais, Omsan und Selyak sowie die Lizenzfertigung von Goodyear-Reifen. Zur Oyak gehören auch sechs große Zementfabriken und mehrere Bauunternehmen, die stark im GAP-Projekt (siehe unten) engagiert sind. Weiterhin die Petkim-Chemiewerke, die Versicherungsgesellschaft Sigorta und die Türk-Boston-Bank. Die Holding entwickelt jetzt auch Aktivitäten im Kredit- und Leasingsektor. Zu ihr zählen auch mehrere Nahrungsmittelfabriken und Handelsketten. Mit dem französischen Staatskonzern Elf Aquitaine baut die Oyak derzeit ein Tankstellennetz auf. (vgl. Wiwo, 20.5.94). Unmittelbare Deviseneinnahmen erzielen die Militärs aus dem Tourismus-Geschäft, an dem die Oyak durch geschickte Beteiligungen profitiert.

Der Jahresumsatz der Militär-Holding soll - nach Schätzungen der Istanbuler Tageszeitung "Freies Land" - 8,5 Milliarden Mark betragen, das wären immerhin 7 Prozent des Bruttoinlandprodukts der Türkei. Genaueres weiß man nicht, denn über ihre Geschäfte und Geschäftsergebnisse bewahrt die Oyak, in deren Aufsichtsrat vornehmlich ehemalige Generale sitzen, Stillschweigen. "Der Vorstand wird de jure vom Verteidigungsminister eingesetzt, in der Praxis aber bestimmt der Generalstab, wer in die Chefetage der Oyak aufrückt." (Wiwo,20.5.94).

Oyak ist eines der wenigen "Staatsunternehmen", das Gewinn macht. Nicht zuletzt deshalb, weil der Militär-Trust von Steuern und Abgaben weitgehend befreit ist. Finanzierungs- und Liquiditätsprobleme kennt das Offiziers-Imperium nicht. Alle Offiziere und Unteroffiziere sind automatisch Mitglieder im "Armee-Beistandsverein" und müssen zehn Prozent ihrer Gehälter zwangsabliefern. Mit den Zwangsbeiträgen der rund 80.000 Mitglieder kauft sich die Oyak weiterhin in die Wirtschaft des Landes ein. Zum Wohle der Offiziere und ihrer Familien. Denn diese wohnen zu billigen Mieten in Oyak-Häusern und Apartments, kaufen zu Sonderpreisen in Oyak-Warenhäusern ein, machen Urlaub in Oyak-Feriedörfern. Die Oyak hilft bei Unfällen und in Notsituationen. "Die Unternehmensgewinne kommen den Mitgliedern gemäß ihres einbezahlten Kapitals zugute und werden bei der Pensionierung ausbezahlt. Auf die höheren Offiziere wartet damit ein Geldsegen, der es ihnen ermöglicht, auch im Ruhestand in den Reihen der Reichen zu verbleiben" (Charles Pauli, a.a.O., S. 97). Die Offiziere werden so zu einer Kaste für sich. Anders als vor 1960, als sich das Offizierskorps zum Teil aus den unteren Klassen rekrutierte, verwächst jetzt die Schicht des Spitzenmilitärs mit der Industriebourgeoisie. Dieser "Militär-Industrie-Komplex" türkischer Provenienz gewinnt zunehmend Einfluß auf die Wirtschaft und hat ganz unmittelbar ökonomische Interessen an einer Niederhaltung von Gewerkschaften und Arbeiterbewegung, an einer Fortführung des neoliberalen Anpassungsprogramms, aber auch an Expansion nach außen und einer militärischen "Endlösung der Kurdenfrage" (Generalstabschef Güres). Ministerpräsidentin Ciller ("Das Militär liebt mich") gilt weitgehend bereits als Marionette der Militärs. Die Zeitschrift "Europäische Sicherheit" (Gesellschaft für Wehrkunde) spekuliert denn auch schon auf einen baldigen Militärputsch in der Türkei ("Putsch in der Türkei?", Europäische Sicherheit 6/94). Zur Dominanz des Generalstabes: Es "zweifelt niemand daran, daß General Güres, der Chef der türkischen Streitkräfte, heute einfach per Telefonanruf den Staatspräsidenten und die Regierung absetzen und das Parlament auflösen kann".

III. Kurdistan als Brückenkopf und Sperr-Riegel

Ökonomisch und militärisch sind Deutschland und die Türkei bereits vielfach verwoben. Ihre Interessen decken sich auch hinsichtlich ihrer Expansionsziele; türkische und deutsche Großmachtziele im Mittleren Osten und Zentralasien fallen weitgehend zusammen. Bei Außenminister Kinkel hört sich das so an: "Die Türkei hat für uns - insbesondere nach dem Wegfall des Ost-West-Konflikts - eine hohe politische, wirtschaftliche und strategische Bedeutung. Die Türkei gewinnt eine Brückenfunktion an der Nahtstelle zwischen Europa und Asien und hin zum Balkan." (Pressemitteilungen Auswärtiges Amt, 1009/94, Bonn 20.1.94).

Landweg zur Öl-Region

Weder Deutschland noch die Türkei haben Zugang zu nennenswerten Ölquellen. Die Türkei aber könnte sich diesen Zugang verschaffen. Das war bereits Bestandteil des deutschen imperialistischen Konzepts, das mit dem Beginn dieses Jahrhunderts mit dem Bau der Bagdad-Bahn in Angriff genommen wurde. Die Bagdad-Bahn war damals ein strategisches Großprojekt erster Ordnung. Sie sollte über die Türkei in den Irak führen und die Landverbindung zur Ölregion herstellen. Auch damals war das Interesse groß, an einer politisch und militärisch starken Türkei: "Für eine schwache Türkei keinen Pfennig, für eine starke soviel wie gewünscht wird", sagte 1902 der Kolonialpolitiker und Aktivist für das "Auslandsdeutschtum" Paul Rohrbach (zit. nach Wolf-Dieter Gudopp, Auf dem Weg in den 3. Weltkrieg).

Paul Rohrbach in einem Buch "Die Bagdad-Bahn - Vom deutschen Weg zur Weltgeltung": "Einzig und allein eine politisch und militärisch starke Türkei ermöglicht es uns, dafür zu sorgen, daß die großen Aussichten, welche sich in den Ländern am Euphrat und Tigris für die Vergrößerung unseres Nationalvermögens und die Verbesserung unserer wirtschaftlichen Bilanz bieten, auch wirklich mit einiger Sicherheit in die Sphäre der realen Existenz übergehen können. Für eine schwache Türkei keinen Pfennig, für eine starke, soviel nur irgend gewünscht wird."

Als im Golfkrieg die USA ihren Weltmachtanspruch demonstrierten, und ihre "vitalen Interessen" an dieser "Schlüsselregion der Weltpolitik" (Josef Joffe) durchbombten, wurde den deutschen Großmachtstrategen klar, daß eine künftige Einflußnahme auf die Ölregion nur über den Landweg und damit über die Türkei erfolgen kann. Die Bundesregierung ließ sich deshalb nicht zweimal bitten, als die Türkei während des Golfkriegs um militärischen Beistand gegenüber dem Irak nachsuchte. Die Luftwaffe verlegte postwendend 18 Erdkampfbomber des Typs Alpha-Jet an die türkisch-irakische Grenze auf den Luftwaffenstützpunkt Erhac. Ein Hawk-Raketengeschwader aus Bremervörde ging in Diyarbakir in Stellung. Bei der Verlegung einer Roland-Raketenbatterie gab es Probleme bei der Luftverfrachtung; die Bundeswehr verfügte nicht über die entsprechenden militärischen Großraumflugzeuge. (vgl. auch K. Mähler/F. Schmid, Krieg um Öl und Dollar-Ordnung, isw-report Nr. 5, 1991, S. 6f).

Der türkische Präsident Özal fieberte damals bereits dem Bündnisfall entgegen, ließ nichts unversucht, ihn zu provozieren; z.B. mit der Sperrung des Euphrat-Wassers für Bagdad.

Özal spekulierte auf fette Kriegsbeute. Özal: "Die Türkei will beim Siegesmahl mit am Tisch sitzen und nicht auf der Speisekarte stehen." (Der Spiegel, 4.2.91). Und: "Nach dem Krieg wird die Türkei größer und stärker dastehen." (DZ, 25.1.91). Er ließ zwar seine "neue Landkarte" bewußt im Nebelschleier, erinnerte aber bei

Gelegenheit daran, daß die ölreichen kurdischen Provinzen Mosul und Kirkuk im Nordirak bis zum Friedensvertrag von Lausanne im Jahre 1923 (nach dem von der Türkei verlorenen I. Weltkrieg) zur Türkei gehörten. Im isw-report Nr. 5 "Krieg um Öl und Dollarordnung" (Februar 1991) heißt es: "Özal spekuliert auf eine generelle Neuordnung der Region nach dem Sieg über den Irak. Falls er dann Kirkuk und Mosul nicht gleich zugeschlagen bekommt, will er es doch als eine Art Protektorat unter seine Kontrolle bringen und für Jahre das Öl ausbeuten, wußte die Zeitung Tercuman zu berichten." (Spiegel, 4.2.91). Özals Pläne sind aber noch raumgreifender. Er hofft, mit seiner zweitgrößten NATO-Armee (800.000 Mann) als Wächter des Westens über die Ölreserven eine Schlüsselrolle in der "neuen Welt-Ordnung" zu erhalten. Özal will die Türkei zur dominierenden Regionalmacht zwischen Orient und Okzident hochpäppeln. In einem Fernsehinterview: "Schon vor vierhundert Jahren kannte sich die Türkei in diesem Gebiet am besten aus. Unser Interesse liegt darin, daß es keine Auseinandersetzungen im Balkan, im Kaukasus und auch nicht an unseren südlichen Grenzen gibt". Biraud: "Das heißt also, daß wir in all diesen Regionen aktiv sein wollen?". Özal: "So ist es." (Die Zeit, 25.1.91, isw-report, S.7).

Türkisches Protektorat im Nordirak?

Es scheint so, daß die Türkei mit ihrem Überfall auf die kurdischen Gebiete im Norden des Irak ihrem Protektorats-Traum einen Schritt näher kommen will. Offenbar beabsichtigt die türkische Regierung, diese Gebiete für längere Zeit militärisch zu besetzen, wie entsprechende Äußerungen von Ciller und Demirel bestätigen. Nach Demirel soll die Invasion mindestens ein Jahr dauern (SZ, 27.3.95), nach Ministerpräsidentin Ciller wird sie enden, "sobald wir unsere Ziele erreicht haben" (FAZ, 27.3.95). Schon im Golfkrieg hatte das türkische Militär Pläne ausgearbeitet, um den Norden Iraks zu annektieren (vgl. FAZ, 29.3.95). Jetzt sprach sich der Leiter der Militäroperation, General Kundakci, für die Errichtung einer permanenten "Schutzzone" im Nordirak aus. In einem Gespräch mit der konservativen Tageszeitung "Milliyet": "Wir werden tun, was uns die türkische Regierung aufträgt, doch gibt es bestimmte strategische Punkte, an denen wir bleiben müssen", sagte der General (zit. nach FAZ, 28.3.95).

Möglicherweise geschah die Besetzung des Gebietes sogar in Interessens-Identität mit dem Irak. Im Gebiet um Mosul, Kirkuk und Süleymaniye liegen die reichsten Ölfelder des Irak. Aus dieser Region stammt der größte Teil des irakischen Öls. Es war bisher auch das Gebiet, aus dem die Türkei ihr Öl zu Billigstpreisen bezog, das es dann auf türkischem Territorium raffinierte. Zudem führt von diesem Gebiet eine 900 Kilometer lange Erdölpipeline zum türkischem Mittelmeerhafen Isken derum - 300 Kilometer über irakisches, 600 Kilometer über türkisches Gebiet. Für den Durchlauf kassierte die Türkei vor dem Golfkrieg erhebliche Deviseneinnahmen. Zudem war der Irak einer der wichtigsten Nachfrager nach türkischen Gütern. Mit dem Embargo gegenüber dem Irak und der Errichtung einer von den Golf-Siegern garantierten "Schutzzone", sind diese Beziehungen unterbrochen, die Ölfelder liegen weitgehend brach, die Pipeline ist stillgelegt. Wenige Tage vor der türkischen Invasion berichtet die "Frankfurter Rundschau", daß Türkei und Irak kurz vor einer Einigung über die vorübergehende Inbetriebnahme der Pipeline stehen (FR, 4.3.95). Zwölf Millionen Tonnen Rohöl stehen in der Zwillings-Pipeline, deren Rohre und Pumpen Schaden zu nehmen beginnen. Beide Seiten haben daher erhebliches Interesse an der Aufhebung des UN-Embargos. Die türkische Pipelinegesellschaft, die das Öl-Leitungssystem betreibt, summiert die Verluste seit der Stilllegung vor viereinhalb Jahren auf mittlerweile drei Milliarden Mark. Es spricht vieles dafür, daß sich die Türkei als neue Ordnungsmacht für eine derartige

Pufferzone empfehlen will und im Einvernehmen mit dem Irak den Ölhahn wieder öffnen möchte. Interessensgleichheit mit dem Irak besteht auch in der "Lösung" der Kurdenfrage, der Verhinderung eines autonomen Territoriums oder gar eigenen Kurdenstaates. Denn die genannten irakischen Ölquellen liegen auf kurdischem Territorium. Die Ölpipeline verläuft in beiden Staaten ausschließlich auf kurdischem Gebiet



Die Wasser-Waffe

Mit der Okkupation und "Befriedung" der Kernregionen Kurdistans, verfolgt die Türkei aber noch einen weiteren Zweck: Sie will die ausschließliche Verfügung über die Wasserwaffe erhalten. Diese Waffe ist für die Beherrschung des Mittleren Ostens von strategisch entscheidender Bedeutung.

"Tatort Kurdistan 2" (Idstein, August 93) zitiert den prominenten türkischen Leitartikler C. Candar, der in der Tageszeitung Günes noch vor dem Ausbruch der Kuwaitkrise schrieb: "Traditionelle Brüderlichkeit und ähnliches sind im Mittleren Osten leere Phrasen. Jetzt, da diese Region ihren Platz in einer neu geordneten Welt sucht, geht es darum, stark zu sein. Eine Möglichkeit der Türkei, stark zu sein, bietet sich im ökonomischen Bereich durch das Wasser. ... Wenn ein Gendarm für den Mittleren Osten gebraucht wird, warum dann nicht die Türkei? Es ist immer eine harte Arbeit, politischen Einfluß zu gewinnen. Wir dürfen nur nie vergessen, daß die Position der Türkei im Westen immer stärker von ihrer Position im Mittleren Osten abhängt".

Der wirksamste Machtfaktor der Türkei für eine Beherrschung des Mittleren Ostens liegt in ihrem Monopol über den Wasserhaushalt der Flüsse Euphrat und Tigris. Vor allem nach Fertigstellung der Staudamm-Projekte im Rahmen des GAP kann sie den Ländern Irak und Syrien buchstäblich das Wasser abgraben. "Tatort Kurdistan"(Komzi, Idstein 1989) schreibt: "Im Januar 1990 haben die Auseinandersetzungen der Türkei mit dem Irak und Syrien wegen des verminderten Wasser-

stands des Euphrats bei einer ersten Füllung des Atatürkstaudammes die Welt aufhorchen lassen. Irak und Syrien sind beinahe völlig von den Wassern des Euphrat und des Tigris abhängig, sowohl hinsichtlich der Bewässerung als auch, im Falle Syriens, der Stromversorgung". Schreibt die "Kuwait Arab Times" bereits 1988: "Eine Türkei mit Zugriff auf den Wasserhahn kann die arabischen Staaten jederzeit erpressen". Die Türkei hat sich bis heute geweigert, internationale Verhandlungen über das Wasser zu führen.

Das GAP ("Südostanatolisches Entwicklungsprojekt")

Beim Zugriff auf den "Wasserhahn" gibt es für die türkischen Machthaber nur ein Problem: Die Quellgebiete von Euphrat und Tigris liegen in Nordkurdistan. Die sechs kurdischen Provinzen am Euphrat und Tigris reklamiert die Türkei als Südostanatolien. Um sie für die türkischen Interessen nutzbar zu machen wurde das "Südost-Anatolien-Projekt" (GAP) beschlossen und in einer ersten Phase angegangen. Nach Ansicht des "Spiegel" ist es das "wohl gewaltigste und kühnste Bewässerungs- und Energiegewinnungsprojekt der Welt. Auf einer Fläche von der zweieinhalbfachen Größe Belgiens baut der türkische Staat 21 Staudämme und 17 Wasserkraftwerke. Im Jahr 2001 soll das 18 Milliarden Dollar teure Mammut-Unternehmen fertiggestellt sein. Kernstück des "Südostanatolien-Projekts" ist der fast zwei Kilometer lange und 166 Meter hohe Atatürk-Staudamm" (Spiegel 1/90).

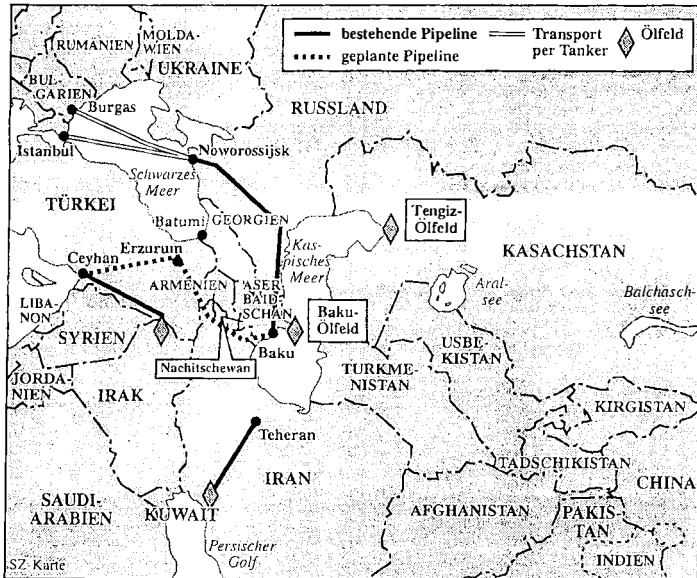
Die in der Türkei tätigen 56 bundesdeutschen Baufirmen sind vor allem am GAP-Projekt aktiv. Allen voran Hoch-Tief, Philipp Holzmann und Züblin. Sie bauen dort unter anderem Straßen, Start- und Landebahnen für Militär sowie Industrieprojekte. Beim Bau des Staudamms bei Birecik am Oberlauf des Euphrat hat Philipp Holzmann die Federführung (Weltwirtschaft & Entwicklung, 6/94). Die Kreditanstalt für Wiederaufbau und die bayerische Landesbank geben ein Darlehen von 500 Millionen Mark, das durch eine Hermes-Bürgschaft abgedeckt wird.

Ziele des GAP sind u.a.:

- Die Erhöhung der türkischen Stromgewinnung um 70 Prozent. Elektrizität soll dann in hohem Umfang in die Staaten des mittleren Ostens exportiert werden
- Künstliche Bewässerung und damit Gewinnung einer zusätzlichen landwirtschaftlichen Nutzfläche von 1,7 Millionen Hektar: Geplant ist "die Kornkammer des Mittleren Ostens"; insbesondere Plantagenwirtschaft. Ansiedlung von Düngemittelfabriken und Produktion landwirtschaftlicher Maschinen. Export von landwirtschaftlichen Produkten in die zentralasiatischen Staaten;
- "Türkisierung" des Südostens: "Dazu soll die Ansiedlung hunderttausender Türken aus Westanatolien im Osten und die Umsiedlung ebenso vieler Kurden in den Westen des Landes beitragen - auf daß die Kurden nirgendwo mehr eine Mehrheit, sondern eine hoffentlich in ein, zwei Generationen assimilierte Minderheit sind", schreibt die Frankfurter Rundschau (2.1.90). Allein im Vollzuge des Staudammbaus werden hunderte von Dörfern vernichtet und zehntausende von Menschen vertrieben.

Ob Kosten und Fertigstellungs-Zeitpunkt gehalten werden können ist wegen des Krieges in Kurdistan und der Finanzschwäche des türkischen Staates äußerst zweifelhaft. Jedenfalls kann das Projekt nur mit ausländischem Kapital und know-how realisiert werden.

Die Beherrschung und "Befriedung" Kurdistans hat also für die türkischen Macht- und Expansionspläne entscheidende Bedeutung: Die Region soll als Sprungbrett in die Golfregion und nach Mittelasien dienen, als Sperr-Riegel für Wasser und Öl, als künftige Energie-, Landwirtschafts- und Industriebasis.



IV. "Tor nach Zentralasien": Türkische Großreich-Träume

Die Türkei ist nicht nur entscheidender deutscher Brückenkopf für den Zugriff auf die Golfregion, sie versucht sich auch als "Tor nach Zentralasien" zu profilieren. Staatspräsident Demirel an die Adresse der BRD und Europa: "Wenn Ihr nach Mittelasien reinkommen wollt, müßt Ihr mit uns zusammenarbeiten".

Seit einiger Zeit wirbt die Türkei für Strategische Allianzen mit deutschen Konzernen zur Markterschließung in der GUS. Die deutschen Firmen sollen Kapital und Know-how stellen, die Türkei die billigen Arbeitskräfte. Etwa nach dem Muster, das Sina Afra von der KPMG-Unternehmensberatung in Frankfurt so beschreibt: "Die in Sibirien tätige 'Westpec Joint Stock Company' ist ein erfolgreiches Beispiel für eine strategische Allianz: Zwei türkische Bauunternehmen, die über GUS-Erfahrungen verfügen, sind Partner dieser Kooperation, deren andere Teilhaber Unternehmen aus der Schweiz und Japan sind. Die beiden türkischen Baufirmen übernehmen vor Ort sämtliche Bau- und Montagearbeiten einer riesigen Petrochemieanlage. Das benötigte Kapital für die Investitionen in Höhe von 1,7 Mrd. \$ wird indes von den übrigen Teilhabern beschafft." (HB, 14.4.94). Insgesamt 693 türkische Unternehmen sind bereits jetzt in den ehemaligen GUS-Staaten tätig, mit Schwerpunkt in den transkaukasischen und zentralasiatischen Republiken. In Aserbaidschan führt Turkish Petroleum ein Konsortium mit sieben West-Unternehmen, das dort Öllagerstätten mit einem Investitionsaufwand von rund neun Milliarden Dollar erschließen soll (vgl. TopBusiness, 6/94). Sina Afra: "Türkische Firmen können der deutschen Industrie als Partner zur Verfügung stehen, um ihr

Geschäft mit der GUS auszuweiten. Insbesondere Infrastrukturprojekte in dem riesigen zentralasiatischen Raum und in Rußland werden als Zielprojekte für strategische Allianzen dienen." (a.a.O.).

Nach dem Zerfall der Sowjetunion wurden in dieser Region die Karten zum "großen Poker um Öl und Macht" (Schlagzeile der SZ, 11./12.2.95) neu gemischt. Als Pokerfaces sitzen an einem Tisch: Iran, die Türkei und Rußland. Denn rund um das Kaspische Meer gibt es riesige Lager an wertvollen Rohstoffen, wie Chromerze, Mangan und Kupfer. Vor allem aber Öl und Erdgas. In Turkmenistan z.B. wurden die viertgrößten Erdgasvorkommen der Welt ausgemacht, riesige Ölvorräte wurden in Aserbaidschan und Kasachstan prospektiert. Tomas Avenarius schreibt in der SZ (11./12.2.95): "Im "great game" um die Region geht es nicht nur um die Ausbeutung der beträchtlichen Ressourcen - es geht auch darum, über wessen Staatsgebiet die Pipelines führen, mit denen Gas und Öl nach Europa transportiert werden. Wer die Röhren kontrolliert, sichert sich politische Vormacht und Devisen". Drei Alternativen stehen dabei an: Eine türkische Route über Nordkurdistan, eine russische Route über den Pipeline-Knoten Grosny (Tschetschenien) und eine iranische Trasse zum Golf (siehe Karte).

Hierbei stehen gigantische Infrastruktur-Projekte an, deren Milliarden keiner der betroffenen Staaten aufbringen kann. "Ohne westliche Hilfe dürfte der "zweite Golf" also ein Traum bleiben. Für die USA und Europa stehen dabei zwei Fragen im Vordergrund: Wer verfügt über diese Ressourcen, auf die man als Alternative zum Öl aus den arabischen Staaten einmal angewiesen sein könnte? Und: Droht Gefahr, daß die Region durch das Wiedererstarken des Islam den Fundamentalisten in die Hand fällt?" (SZ, 11./12.3.95).

Schließlich handelt es sich bei den den Anrainern des Kaspischen Meeres mit Ausnahme Rußlands um muslimische Staaten. Aber auch die weiter östlich liegenden ehemaligen Sowjetrepubliken Usbekistan, Tadschikistan und Kirgistan sind muslimisch. So wird klar, weshalb der Generalinspekteur der Bundeswehr, Klaus Naumann, so häufig vom "islamischen Krisenbogen von Marokko bis nach Pakistan" alpträumt. Dieser Krisenbogen könnte ja zur Barriere werden, die den "freien Welthandel und ... ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt" (Verteidigungspolitische Richtlinien) blockiert. Hoffnung schöpft der Viersterne-General und künftige Vorsitzende des NATO-Militärausschusses jedoch aus der Türkei: "Es liegt im europäischen Sicherheitsinteresse ... die Bindung der Türkei an Europa zu erhalten, denn damit ist eine Verbindung in die islamische Welt wie in die Region der Turkvölker gegeben. Die Türkei wird so zu einem Partner von strategischer Bedeutung bei dem Versuch im islamischen Umfeld Europas Stabilität zu erhalten." (Klaus Naumann, Die Bundeswehr in einer Welt im Umbruch, Berlin 1994, S. 74).

Vom Bosphorus bis zur chinesischen Mauer

Die "laizistische Türkei" (Laizismus: radikale Trennung von Kirche und Staat fordernde weltanschauliche Richtung) durchbricht diesen "Krisenbogen". Das macht ihre strategische und sicherheitspolitische Bedeutung für den Westen und speziell für Deutschland aus. Die "Streitkräfte der Türkei", so stellt Oberstleutnant Betz in der Zeitschrift "Wehrausbildung" (6/94) fest, stehen "mittendrin im Krisenbogen". Karl Lamers, außenpolitischer Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion, rechtfertigt die deutsche Waffenhilfe an die Türkei so: "Die türkische Regierung kämpft auch gegen den Islamismus, der sich mit der Kurdenproblematik schon vermischt hat und immer enger zu vermischen droht". Karl Lamers ist Mitverfasser des Grundsatzpapiers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion über die Bildung eines

"Kerneuropas". Darin wird auch die "Entwicklung einer strategischen Partnerschaft mit der Türkei" angestrebt. (vgl. dazu: isw-report Nr. 23, "Kern-Europa - Keim zur Weltmacht"). Kanzler Kohl am 2. April 1994 im Bundestag: "Heute und in Zukunft nimmt die Bedeutung der Türkei aufgrund ihrer exponierten Lage und angesichts der Entwicklung im Süden der früheren Sowjetunion sowie in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens weiter zu".

Denn die Hegemonie in diesem Raum beanspruchen auch Rußland und der islamische Fundamentalismus, letzterer vor allem in Gestalt des iranischen Glaubens- und Gottesstaates. So hofft der Westen, daß sich in den asiatischen islamischen Republiken eine Modernisierung nach westlichem Muster durchsetzt, ein "türkisches Modell" für Zentralasien. Oppositionsführer Yilmaz: "Als ein moderner Staat der Region, der in der Form einer säkularen Demokratie regiert wird und die freie Marktwirtschaft praktiziert, stellt die Türkei in der Tat insbesondere für die mittelasiatischen Republiken und andere islamische Länder wie auch für viele ihrer Nachbarn ein 'Staatsmodell' dar." (zitiert nach GegenStandpunkt, a.a.O. S163). Erfreut wird registriert, daß der usbekische Präsident Karimow vom "türkischen Modell für Zentralasien" spricht.

Ein "zweiter Golf" in Mittelasien?! Dominiert von der "strategischen Partnerschaft" Deutschland-Türkei! In der Tat wäre das eine profitorientierte Perspektive für das energiehungrige, aber erdölarne Deutschland. Zumal sich in diesem Gebiet der früheren Sowjetunion die US- und britischen Ölmultis noch nicht so total breit machen konnten, wie in der Golfregion. Die Erdölversorgungsgesellschaft Deminex (eine Tochter der Energiegiganten Veba, RWE und Wintershall) betreibt bereits in Turkmenistan und Kasachstan Projekte "Aufschluß und Förderung" (SZ, 17.1.91). Die Expansionsinteressen des deutschen Kapitals fallen einmal mehr mit dem türkischen Großmachtstreben zusammen. Der verstorbene türkische Präsident Özal schwärmte von der Türkei als dem "künftigen Japan des Mittleren Ostens" und von einem "Turkestan vom Mittelmeer bis nach Nordchina". Es soll neben der Türkei die Turkstaaten Aserbaidschan, Turkmenistan, Usbekistan, Kasachstan und Kirgistan umfassen. Lediglich die Tadschiken sind mit den Iranern verwandt. Özal: "Wenn wir heute keine schweren Fehler machen, wird das 21. Jahrhundert das Jahrhundert der Türkei".

"Strategische Allianzen zwischen türkischen und deutschen Firmen zur Erschließung der GUS-Märkte" (HB, 13.4.94)

Die Türkei bemüht sich vor allem um einen Ausbau der Infrastruktur in dieser Region. Zentrales Projekt ist der Ausbau der Eisenbahnlinie Peking - Alma Ata - Taschkent - Istanbul und der Aufbau eines modernen Telekommunikationsnetzes (mit Hilfe von Siemens). Und türkische Unternehmen sind in den ehemaligen Sowjetrepubliken bereits aktiv. TopBusiness listet auf: "Mit Turkmenistan wurde 1993 ein Protokoll für den Bau einer 2300 Kilometer langen Erdgasleitung über den Iran nach Europa unterzeichnet, mit Aserbaidschan ein Pipeline-Projekt für jährlich 25 Millionen Tonnen Öl von Baku zur türkischen Mittelmeerküste. Türkische Baufirmen und Anlageberater haben allein in Aserbaidschan Aufträge im Wert von 200 Millionen Dollar unter Dach und Fach.

Bislang ehrgeizigstes Projekt aber: ein Elf-Milliarden-Dollar-Vorhaben des Konzerns Biriosmis Muhendisler Burosu S.A. (BMB) mit der Regierung in Alma Ata zum Bau eines Großkraftwerks (gegen Gaslieferungen) sowie zur Ölfeld-Erschließung". Das Projekt soll in Etappen abgewickelt werden. Erster Etappensieger ist Siemens. So berichtet die "Frankfurter Rundschau (20.7.94): "Der Elek-

tromulti Siemens führt ein deutsch-türkisches Konsortium an, das in Kasachstan das erste Gas- und Dampfturbinenkraftwerk des Landes schlüsselfertig errichten wird. ... Gesamtinvestitionsvolumen in Höhe von knapp einer Milliarde Mark. ... Finanziert wird das Projekt laut Siemens gemäß einem Regierungsdekret durch Einnahmen aus drei Ölvorkommen in der an Bodenschätzen reichen Region".

Die deutschen Konzerne sind jedenfalls auf "dem Sprung" - nicht nur an den Bosphorus, sondern auch nach Alma Ata. Wulf Martin, der Delegierte der Deutschen Wirtschaft in Istanbul über die deutsch-türkische Zusammenarbeit in Zentralasien: Von Bayer über Mercedes bis zu Siemens "haben alle ihre Fühler ausgestreckt".

"Kranker Mann am Bosphorus"?

Die Verwirklichung des osmanischen Tagtraums einer "türkischen Welt von der Adria bis zur chinesischen Mauer" (Özal) steht jedoch heute mehr denn je in den Sternen. In der Pokerrunde heute zunächst einmal Boris Jelzin auf den Tisch und erteilte den türkischen Plänen, sich den asiatischen Republiken als "Brücke nach Europa" anzubieten eine klare Absage: "Die Brücke sind wir." (FR, 20.1.94).

Und die letzten Games gingen zunächst einmal an den Iran. Aserbaidschan, auf das die Türkei bisher am meisten Hoffnungen setzte, räumte in einem internationalen Konsortium zur Erschließung von Ölvorkommen im Lande, dem Iran einen Anteil von 5 Prozent ein, der Türkei aber nur magere 1,75 Prozent. Aserbaidschan selbst hält 15 Prozent, den Rest teilen sich die BP, die russische Lukoil und US-Ölgesellschaften (FAZ 9.1.95). Mit Turkmenistan hat der Iran bereits einen Vertrag über den Transfer von Erdgas nach Europa via Iran geschlossen. Auch Kasachstan hat mit dem Iran einen Vertrag über den Transport von Rohöl über iranisches Territorium abgeschlossen. Die FAZ resümiert: "Um dem im kaukasischen und zentralasiatischen Öl- und Gasgeschäft expandierenden Iran Einhalt zu gebieten, braucht die Türkei westliche Hilfe." (9.1.95).

Zwar hätte die Türkei im Kaukasus und Zentralasien die besseren geostrategischen und kulturpolitischen Karten (zehntausend zentralasiatische und kaukasische Studenten studieren in der Türkei; gemeinsame Sprache, regionaler TV-Sender TurkSat), doch die wirtschaftliche und innenpolitische Misere in der der Türkei desillusionieren pan-türkische Visionen. Deutsche Großmachtstrategen sorgen sich denn auch schon, die Türkei könne die ihr zugewiesene Ordnungsfunktion nicht wahrnehmen, weil sie sich am Kurdenproblem erschöpft und im Konflikt zwischen Alewiten und islamischen Fundamentalisten verschleißt. "Die Türkei ist laizistisch, aber es ist ein bedrohter Laizismus", schreibt die FAZ (30.3.95). Die FAZ (31.1.94) befürchtete schon vor Jahresfrist, "daß die Türkei innerlich destabilisiert wird, als außenpolitischer Machtfaktor ausfällt und ihre Ordnungsfunktion in der Region nicht mehr erfüllen kann". "Das Bollwerk bröckelt", warnt die Süddeutsche Zeitung. Kritisiert wird weniger die blutige Unterdrückung der Kurden, als die Erfolglosigkeit des türkischen Generalstabs, der "immer wieder den endgültigen Vernichtungsschlag gegen die PKK verspricht." (FAZ 31.1.94).

Unter der Überschrift "Die Türkei muß sich entscheiden" schreibt das Sprachrohr des deutschen Kapitals 1995: "Die Türkei ist für den Westen wichtig. Ihre Bedeutung ist heute, da die Welt unsicherer und friedloser geworden ist, sogar noch größer geworden. Aber sie kann ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie mit sich im reinen ist und ihre inneren Konflikte geklärt sind. Offenbar steht die Türkei am Scheideweg." (FAZ, 30.3.95). Die deutschen Imperialisten befürchten, erneut mit einem "Kranken Mann am Bosphorus", im Bunde zu stehen.